

Kamener Zeitung

Vollständig für Kamen und Umgebung verbunden mit der

Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinstägig.
Bezugspreis für den 10. Monat 2 Goldmark. Falls
wir in der Herausgabe oder Lieferung der Zeitung
gehindert sind, hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rücker-
stattung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: S. Schuch, Kamen.

(1. Blatt)

Freitag, den 4. April 1924

52. Jahrgang.

Die letzten Arbeiten der Sachverständigen.

(W) Der Redaktionsausschuß des Komitees Daves hat Donnerstag vormittag und nachmittag seine letzten Arbeiten an dem Bericht des Ausschusses fortgesetzt. Für die vorgelegene gemeinsame Sitzung des Komitees Daves und Mac Kenna, in der die Sachverständigen den endgültigen Wortlaut der beiden Berichte zur Kenntnis nehmen wollten, ist Habas zufolge noch kein endgültiger Tag vorgesehen. Es wird angenommen, daß die beiden Berichte am Sonntag oder Montag vormittag der Reparationskommission übergeben werden. Diese Überreichung wird in einer feierlichen Sitzung der Kommission stattfinden. Wenn die Kommission in einer oder zwei Sitzungen beraten hat, wird sie den alliierten Regierungen, und wahrscheinlich auch der deutschen Regierung Mitteilung machen und letztere auffordern, ihre Ansicht schriftlich zu formulieren. Wenn die Reparationskommission die deutschen Bemerkungen und gegebenenfalls die der alliierten Regierungen entgegengenommen hat, wird sie ihre Entscheidung treffen. Es ist sogar möglich, daß sie vorher zur Anhörung deutscher Delegierter schreiten wird, wenn die Berliner Regierung verlangt, daß ihr, wie im Vertrage vorgesehen, eine angemessene Möglichkeit gegeben wird, ihre Ansicht zu äußern.

(W) Nach dem „Petit Parisien“ schlagen die Sachverständigen die Gewährung eines vierjährigen Moratoriums vor, nach dessen Ablauf Deutschland im ersten Jahre angeblich 2½ Milliarden Goldmark zahlen soll. Während des Moratoriums hätte Deutschland Sachlieferungen zu vollziehen, um die Verzugszinsen zu bezahlen. Im ersten Jahre würden diese beiden Ausgabenposten durch eine internationale Anleihe auf der Garantiegrundlage der Eisenbahnen gedeckt werden. Die Zahlungen Deutschlands würden nach und nach ansteigen und während der letzten Jahre des Moratoriums würde die Finanzlage Deutschlands es gestatten, vielleicht sogar Barzahlungen zu leisten.

Sachbankpräsident Dr. Schacht über seine Pariser Besprechungen.

Sachbankpräsident Dr. Schacht empfing am Mittwoch den Chefredakteur der „Braunschweiger Staatszeitung“ zu einer Unterredung über die Besprechungen, die er in der vergangenen Woche in Paris mit dem Sachverständigenkomitee geführt hat. Er betonte zunächst, es könne nicht oft und lebhaft genug bedauert werden, daß die schwebenden wirtschaftlichen Verhältnisse von den deutschen politischen Parteien, soweit sie Gegner der Erfüllungspolitik seien, in demagogischer Weise in den Wahlkampf hineingezogen werden. Selbst vor persönlichen Verunglimpfungen scheuten die genannten Kreise nicht zurück, obwohl sie genau wußten, daß sie mit dieser Art Politik im Innern wie auch im Ausland nur Schaden anrichten. Das deutsche Volk sollte endlich einmal von seinen Begreifern lernen und aufhören, die eigene Regierung herabzusetzen. Ein Volk, das etwas auf sich hält, muß vor allen Dingen Vertrauen zu seiner Regierung hegen, gleichviel, von welcher Partei oder Parteistellung sie gestellt wird. Keine Partei, die wirklich national denkt, dürfte es fertig bringen, der Regierung in aller Öffentlichkeit Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen. Jede Regierung muß als selbstverständliche Pflicht in Anspruch nehmen, daß sie in allem was sie tut und läßt, nur die Interessen ihrer Nation wahrnimmt. Man lerne von England, das geschloffen in der Außenpolitik hinter seiner ersten Arbeiterregierung steht.

Zu den Pariser Besprechungen selbst äußerte sich Dr. Schacht wie folgt: Meine Besprechungen mit den Sachverständigen in Paris haben sich auf Fragen des deutschen Währungsproblems bezogen und den Ausbau der Reichsbank zur Goldnotenbank. Ich kann nur zum Ausdruck bringen, daß die Experten an die Frage mit großer Genauigkeit und Gründlichkeit herangegangen sind, und daß die Tendenz vorübergehender scheint, das ganze Reparationsproblem auf eine wirtschaftlich tragbare Basis zu bringen, um die Frage damit von der politischen Vergiftung, unter der sie bis jetzt gestanden hat, zu befreien. Ich habe keinerlei Kenntnis davon, welche ziffernmäßigen Vorschläge letzten Endes in dem Expertenbericht enthalten sein werden. Aber ich glaube auch, die Stimmung vieler französischer Kreise wieberzugeben, wenn ich sage, daß die Herabsetzung einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage ausdrücklich gewünscht wird. Wie immer der Expertenbericht aussehen wird, es ist klar, daß die deutsche Regierung ihm gegenüber volle Freiheit der Entscheidung haben wird. Es scheint mir, daß keine Annahme einer Lösung möglich ist, wenn sie nicht vol-

wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Verkehr bringt, ferner volle Wiederherstellung der wirtschaftlichen Souveränität innerhalb des deutschen Reichsgebietes und die endgültige und reifliche Befreiung der besetzt gehaltenen deutschen Landesteile, d. h. des gesamten Ruhrgebietes. Dr. Schacht betonte dann nochmals ausdrücklich, daß mit seiner letzten Reise seine persönliche Mitwirkung bei den Pariser Sachverständigenbesprechungen abgeschlossen sei und daß er entgegen anderslautenden Nachrichten nicht wieder nach Paris fahren werde. Zur Frage der Goldnotenbank erklärte der Reichsbankpräsident, daß die Vorarbeiten soweit gediehen seien, daß die Goldbank nächste Woche in Funktion treten könne. Für die Aufrechterhaltung der Markstabilität seien die Ausrichtungen die denkbar günstigsten.

In der französischen Kammer

erklärte Ministerpräsident Poincaré auf eine Beschwerde des Abg. Bouisson eingehend, es sei natürlich, daß man antimilitaristische Propaganda in der Rheinarmee entgegensetze. (Es handelt sich um die angebliche Komplottanzeige, in der seiner Zeit Gachin und Genossen verurteilt waren. Die Hauptbeweismittel waren, wie Bouisson feststellte, erwi-fenermaßen Fälschungen, obgleich der frühere Kriegsminister ihre Echtheit bezeugt hatte. Kriegsminister Maginot verliest einen Bericht des im Rheinland kommandierenden General Ragenau über die Propaganda in der Rheinarmee, die er als antimilitaristisch gelte. Sie werde im Ruhrgebiet stark betrieben. Die Sozialisten und Kommunisten rufen dazu: „Fälschung, Fälschung.“ Der Kriegsminister erklärt, daß er die Akten der Angelegenheit dem rechthabenden Abg. Bouisson zur Verfügung stellen werde. Die Linke ruft aus: neue Beweismittel: Fälschung, worauf der Ministerpräsident erklärt, der Kriegsminister habe nicht bestritten, daß es sich um eine Fälschung handle, aber er würde sich eine Pflichterfüllung haben zu Schulden kommen lassen, wenn er die Schuldscheine nicht dem Gericht übermittle. Von kommunistischer Seite werden wiederum Proteste laut und es entsteht ein großer Tumult, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Im späteren Verlauf der Verhandlungen bemerkt Poincaré noch, Frankreich werde das Ruhrgebiet nicht aufgeben, es sei vollkommene Befreiung sei und werde alle seine Druckmittel in der Hand behalten. Sein Verfahren werde es nur gegen ein besseres Verfahren eintauschen. Er ging dann auf die Frage des Garantiehafes über. Er lehnte jede Verantwortung für das Wiederwachen des Nationalismus in Deutschland ab. Poincaré sprach dann von den sich häufenden nationalisierenden Kundgebungen in Deutschland, namentlich Kundgebungen, um von vornherein gegen die Beschlüsse der Sachverständigen zu protestieren. Die Alliierten Frankreichs seien nicht immer seiner Ansicht gewesen, sie seien auch nicht der unmittelbare Nachbar Deutschlands, aber die Alliierten Frankreichs verstanden die Sprache der Tatsachen. Wenn die Beschlüsse der Reparationskommission auf Grund des Berichtes der Sachverständigen durchgeführt werden sollten, so müsse der Wille sämtlicher Alliierten, endlich zu handeln, in die Erscheinung treten. Auf alle Fälle werde der Wille Frankreichs nicht erlahmen.

Vertrauensvotum der französischen Kammer.

(W) Die französische Kammer hat gegen 11 Uhr nachts die Interpellationsdebatte durch Annahme einer vom Abg. Cherin eingebrachten Tagesordnung mit 408 gegen 151 Stimmen abgeschlossen, in welcher die ministerielle Erklärung gebilligt und der Regierung zu der Außenpolitik, insbesondere der Reparations- und Sicherheitspolitik das Vertrauen ausgesprochen wird.

Im Verlauf der Debatte gab Poincaré erneut die Erklärung ab, Frankreich werde das Ruhrgebiet nicht vor vollständiger Befreiung verlassen. Sehen die Reparationsvorschläge weitergehende Pfänder an Stelle derjenigen, die wir jetzt ausbieten, so werden wir die sich ergebende Frage prüfen. Aber wir werden das Ruhrgebiet nicht verlassen und bei dem geringsten Versagen die Ausbeutung wie der aufnehmen.

Ein neuer Frankenrückgang

Ist nach einer Meldung des B. L. gestern an der Pariser Börse eingetreten. Der Kurs für ein englisches Pfund, der vormittags auf 51,90 stand, ist bis 3 Uhr nachmittags auf 74,70 gestiegen. Zurückgeführt wird diese neue Frankenschwäche auf den Wochenbericht der Bank von Frankreich, der eine Vermehrung des Ban-

notenumlaufs in der vergangenen Woche um 264 Millionen aufweist. Auch an der New Yorker Börse ist der Franken zurückgegangen. Er notierte 5,86 Cts.

Le Croquer im Ruhrgebiet.

(W) Habas meldet aus Düsseldorf: Le Croquer ist hier eingetroffen. Er hatte sofort eine lange Unterredung mit General Degoutte und dem Präsidenten der Meun, Frangien. Der Minister begab sich sodann in das Ruhrgebiet, um an Ort und Stelle mit den Befehlshabern die bis zum 15. April zu ergreifenden technischen Maßnahmen für die Sicherung der Reparationsleistungen zu prüfen für den Fall, daß vor diesem Zeitpunkt die Bedingungen für die Ausführung dieser Leistungen nicht in freundschaftlicher Weise mit den Industriellen geregelt worden sind.

Im englischen Unterhause

fragte das Arbeitermitglied Wallhead den Premierminister, ob er die Politik der englischen Regierung mit Bezug auf die zwischen den französischen und belgischen Organisationen im Rheinland und Ruhrgebiet und gewissen deutschen Organisationen abgeklärten Vereinbarungen mitteilen könne. MacDonald erwiderte, die britische Regierung sehe die Rechtmäßigkeit der Vereinbarungen als eine Angelegenheit an, über die vielleicht die Reparationskommission, die nach dem Versailler Vertrage die zuständige Autorität in dieser Frage sei, sich werde aussprechen müssen.

Gegen das Auslandsreisen.

500 Goldmark Erlaubnissteuer.

(W) Auf Vorschlag des Reichskabinetts hat der Reichspräsident sich entschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Reiseverkehr Deutschlands ins Ausland, soweit er nicht zum Besten der Gesamtheit des Volkes notwendig ist, einzudämmen. Es ist daher die Vorschrift des Marausfahrverbots, wonach nicht mehr als 10 englische Pfund gleich 200 Goldmark in deutschem Gelde ausgeführt werden dürfen, mit Wirkung vom 7. April auf den Reiseverkehr anzuwenden. Die Gesamtbegrenzung des mitzunehmenden Geldes auf 500 Mark bleibt bestehen, doch so, daß der Reisende sich die anderen 300 Mark, die nur in ausländischem Gelde mitgenommen werden dürfen, nach den in Deutschland geltenden Vorschriften in Deutschland beschaffen muß. Außerdem ist für die Ausfuhr der steuerlichen Unbedenklichkeitserklärung eine Gebühr von 500 Mark für jeden ansprechenden deutschen Reisenden zu entrichten. Der Reichspräsident hat die Befugnis, die Befreiungen für den notwendigen wirtschaftlichen Verkehr, für Kindertransporte ins Ausland und einige andere Ausnahmefälle sind zulässig. Der Text der Verordnung, die bereits vollzogen ist, wird sofort bekanntgegeben. Bereits angeforderte Unbedenklichkeitserklärungen verlieren mit dem 10. April ihre Gültigkeit. Es ist Vorfrage getroffen, um sofort an der Grenze wieder eine verstärkte Kontrolle über das Vorhandensein der hiernach vorgeschriebenen steuerlichen Unbedenklichkeitserklärung, sowie die Geldbeschränkung, die mitgenommen werden dürfen, einzuführen. Soweit erforderlich, wird auch die Zollkontrolle in den Häfen vorübergehend aufgehoben und wieder in die Abfertigungsräume der Grenzbehörden verlegt. Die Reichsregierung mußte sich zu diesen Maßnahmen entschließen, die sie je eher, desto lieber wieder aufheben möchte. Das Auslandsreisen hatte aber einen derartigen Umfang angenommen, daß die mit der Verbringung großer unproduktiver Mengen deutschen Geldes ins Ausland für die Aufrechterhaltung der Währung verbundene Gefahr einen Ausbruch nicht mehr duldete. Dieses übermäßige Reisen ins Ausland gibt auch der Welt, obwohl es tatsächlich in einem erheblichen Maße darauf beruht, daß der Aufenthalt im Auslande billiger ist, als im Inlande, ein völlig falsches Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit, und hat dadurch zu viel Vergerungen im Inlande und Auslande Anlaß gegeben. Da Maßnahmen wie die obengenannten für sich allein eine hinreichende Einschränkung nicht gewährleisten, so richtet die Reichsregierung gleichzeitig an alle Deutschen die dringende Bitte, die Auslandsreisen, soweit sie für den einzelnen nicht dringend nötig sind, aus freiem Entschluß zu unterlassen. Gefessliche Maßnahmen waren nicht zu umgehen, da, worüber ja alle Deutschen einig sind, nichts unterlassen werden darf, was erforderlich ist, um die Währung zu stützen.

Ueber die Verlegung der Gemeindevahlen.

vom 4. Mai auf den 10. Juni sollte sich gestern der preussische Landtag, entsprechend einem Antrage des Zentrums und der Deutschen Volkspartei schlüssig werden. Mit Ausnahme der Links-Parteien sprachen sich die Abgeordneten für den Antrag aus. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Überweisung an den Gemeindevahlsausschuß wird abgelehnt. Bei der folgenden namentlichen Abstimmung ergibt sich Beschlunfähigkeit. — Die nächste Sitzung findet am 24. April statt.

Zahlungsschwierigkeiten bei Banken.

Die kleine Berliner Bankfirma Haus Liebschardt hat ihre Zahlungen eingestellt. Außerdem werden aus Düsseldorf die Zahlungseinstellungen einer dortigen Großbankfirma, die erst vor wenigen Jahren gegründet wurde, und Zahlungsschwierigkeiten weiterer Firmen gemeldet. Ebenso hat die Hanfa Bank A.-G. in Frankfurt a. M. sich genötigt gesehen, die Geschäftsaufsicht zu beantragen. Durch unbedachte geschäftliche Maßnahmen des Leiters der Offenbacher Filiale, der weit über seine Befugnisse hinaus, zahlreichen Offenbacher Industrien Kredit gewährte, ist in der Offenbacher Filiale und damit in dem gesamten Institut eine sehr starke Zahlungsschwierigkeit eingetreten. Bei dem Institut stehen Verpflichtungen in Höhe von 400 000 Mark.

Nach Tagesblatt hat das Berliner Bankhaus Janzen und Denker wegen Zahlungsschwierigkeiten beim Gericht gegen sich die Geschäftsaufsicht beantragt. Dem Antrag wurde stattgegeben.

15proz. Lohnzulage für die Eisenbahnarbeiter.

Zu den gestrigen Verhandlungen des Reichsverkehrsministers mit den Vertretern der Spitzenorganisationen über die Regelung der Löhne für die Eisenbahnarbeiter teilen die Blätter noch mit, daß eine Lohnzulage von durchschnittlich 15 Prozent ein-treten soll. Außerdem erklärten die Vertreter der Parteien sich mit Veränderungen an verschiedenen sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages einverstanden. Die Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung des Reichskabinetts.

Der oberschlesische Streik zusammengebrochen.

(W) Die Streikbewegung im Bergbau polnisch Oberschlesiens kam als zusammengebrochen betrachtet werden. Ein neuer Streik ist im Dombrowner Bergwerk ausgebrochen, doch soll es sich nicht um einen Sympathiestreik, sondern um eine vollständig selbständige Streikbewegung handeln, weil der dortige Arbeitgeber, wie der Oberschlesische Kurier meldet, eigenmächtig einen 12-prozentigen Lohnanbau vorgenommen haben soll.

Kleine Nachrichten.

Zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Gewerkschaftsorganisationen sind Verhandlungen gepflogen über die Regelung der Löhne der Eisenbahnarbeiter.

Die in Düsseldorf anberaumten Besprechungen zwischen der Meun und dem Sachverständigen Ausschuss der Bergwerke ist im letzten Stunde abgefallen und bis auf weiteres vertagt worden. Wie die Kölnische Zeitung erfährt, wird am 8. oder 9. d. eine neue Sitzung stattfinden.

Wie die vereinigten vaterländischen Verbände mitteilen, haben sie sich an die preussische Staatsregierung mit der Bitte gewandt, die für Berlin in Aussicht genommene Aufführung des Tollerschen Schauspiel „Hinkemann“ zu verbieten.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge wird der Berliner Rundfunksender in aller nächster Zeit in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt werden. Die Sekretäre der verschiedenen Parteien seien bereits zusammengetreten, um eine Durchsprache von Wahlprogrammen herbeizuführen. Die Entscheidung soll auf die Grundlage unbedingter Parteilichkeit gestellt werden.

Das Chpr- und Ballettpersonal der Berliner Staatsoper und der Krollischen Oper ist in den Streik getreten.

Die russisch-rumänischen Verhandlungen über die bessarabische Frage sind abgebrochen worden.

Die Resolution betreffend Zuwendung von 10 Millionen Dollars für das deutsche Hilfswerk begegnet im amerikanischen Senat lebhafter Opposition. Es wird u. a. geltend gemacht, daß Sparmaßnahme geboten sei. Auch wurde darauf hingewiesen, daß eine Anzahl wohlhabender Deutscher ihr Geld im Auslande verschwenden ausgeben.

